



Wenn die Psyche kollabiert

Zum anstehenden „Lockdown Light“ schreibt Michael Tillmann

Das Ziel ist unbestritten und gesellschaftlicher Anspruch: In Deutschland mögen so wenig Menschen wie möglich schwer an Covid-19 erkranken, geschweige denn sterben. Aber über den Weg darf und muss man trefflich parlamentarisch streiten – aber genau das unterbleibt! Stattdessen läuft eine Eilmeldung nach der anderen über den Ticker. Gesundheitsnotstand (Volker Bouffier), Überwachung privater Wohnungen (Karl Lauterbach), Corona-Kontrollen a la Schleierfahndung (Horst Seehofer), Schließung von Gaststätten und Hotels (Angela Merkel und andere) – und, und, und...

Angst frisst Hirn auf – so mag man denken. Ja, Deutschland hat eine gewaltige Zunahme positiv getesteter Menschen. Aber, in vielen Fällen sind die Verläufe milde. Und da, wo wir ahnen, dass sie schlimmer verlaufen können, müssten wir ansetzen. Bei Alten, Kranken, Vorerkrankten – kurz bei Risikogruppen. Vor der Schalte der Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin haben darauf die Virologen Hendrik Streeck und Jonas Schmidt-Chanasit sowie Andreas Gassen von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung hingewiesen. Sie wurden nicht gehört – oder sollte man sagen erhört?!

Stattdessen wieder massive Einschränkungen. Die haben wir im Frühjahr alle ohne Murren und aus Angst mitgemacht. Zu einem Zeitpunkt, als wir alle über das Virus noch viel weniger wussten. Jetzt wissen wir mehr, aber agieren mit Mitteln von gestern. Das ist nicht zielorientiert. Wir wissen inzwischen, dass Gaststätten und Hotels keine Virenschleudern sind – und diskutieren in der Administration trotzdem munter über den Todesstoß dieser Branche?

Ja, mit der Brechstange wird es auch diesmal wie im Frühjahr gelingen, Zahlen wieder herunterzufahren. Aber was kommt dann? Die „Weihnachtsfreiheit“ – auf die wir mit danach wieder steigenden Zahlen erneut mit einem dritten und vierten Lockdown reagieren (oder wie immer man das nennen mag)?

Aber was wird dabei passieren? Die Radikalisierung wird weiter wachsen. Auch im politischen Raum. Denn bei aller physischen Gesundheit kollabiert die Gesellschaft irgendwann psychisch.

Letztlich aber dürfen wir uns alle auch nicht aus der eigenen Verpflichtung entlassen, die nächsten Monate besonders vorsichtig zu sein. Und Idioten, die provokativ einfachste Hygiene-Maßnahmen ignorieren, müssen wir stellen. Es ist eben auch nicht Party-Zeit.

Herausforderung für viele Firmen

Claus Schöner zum **Mindestlohn**

Der Mindestlohn, den das Bundeskabinett beschlossen hat, liegt weit entfernt von den zwölf Euro, die der SPD vorschweben. Es mag sein, dass die Steigerung damit hinter der Entwicklung der Tariflöhne zurückbleibt. Richtig ist allerdings auch, dass schon diese geringfügige Erhöhung angesichts der Corona-Pandemie für zahlreiche Firmen eine Herausforderung darstellt.

Denn Branchen, in denen häufig Mindestlohn gezahlt wird, sind besonders hart getroffen. Würden sie durch eine Erhöhung des Mindestlohns nun zusätzlich stark belastet, wären noch mehr Unternehmen von der Pleite bedroht. Es ist ohnehin zu befürchten, dass zahlreiche Betriebe die Pandemie nicht überleben, schon in den kommenden Wochen dürfte die Zahl der Insolvenzen zunehmen. Es wird noch eine ganze Weile dauern, bis an einen Mindestlohn von zwölf Euro überhaupt zu denken ist.

Spaltung der Gesellschaft

Torsten Henke zu **Polen**

Seit Jahren kriminalisiert die polnische Regierung Frauen, die sich in größter Not zu einer Abtreibung durchringen. Nicht einmal eine Schwangerschaft nach einer Vergewaltigung lassen die Tugendwächter der Regierungspartei PiS als Grund für einen legalen Abbruch gelten. Nach dem jüngsten Urteil des Verfassungsgerichts werden sogar Abtreibungen illegal, wenn das Ungeborene schwere Fehlbildungen aufweist. Am Ende sind noch mehr Frauen zu einem illegalen Abort gezwungen.

Das höchstrichterliche Urteil ist für die nationalkonservative polnische Regierung und die sie tragende PiS-Partei von Jaroslaw Kaczynski ein später Sieg zu einem hohen Preis. Denn wie bei der Gesetzesreform vor vier Jahren ist der Widerstand groß gegen diesen eklatanten und ideologisch motivierten Eingriff in die Intimsphäre der Frauen aber auch ihrer Partner. Seit Tagen gibt es Massenproteste.



Knock-Down

Karikatur: Jürgen Tomicek

Spaltung oder Dialogbereitschaft?

Patrick Nini

sieht die tiefen Meinungsgräben in den USA auch als Ergebnis der Wortwahl von Präsident Donald Trump, der mit Freude immer wieder Öl ins Feuer brandheißer Themen gießt.

Die Zukunft der USA steht vor einer historischen Weichenstellung. Das Land entscheidet bei der bevorstehenden Wahl nicht zwischen zwei fähigen Präsidenten mit unterschiedlichen Ideen, wie es die größte Tageszeitung „USA Today“ treffend formulierte. Dieses Mal wird zwischen Spaltung oder Dialogbereitschaft entschieden. Die Weltbilder beider Anwärter können unterschiedlicher kaum sein. Die Fronten sind verhärtet, und die einzelnen Diskussionen werden nur mehr verhasst und hoch emotional geführt. Ein Ausweg unmöglich?

Nein. Die gute Nachricht ist, selbst in einem Land, das tief gespalten scheint, indem Menschen in Krisenzeiten ihren Waffenschrank auffüllen, gibt es ein wirkungsvolles Gegenmittel: die Sprache. Sprache kann nicht nur trennend gewählt werden, sondern auch verbindend, denke man nur an das Motto der Europäischen Union „In Vielfalt geeint“. Nun stelle man sich eine politische Führung in den USA unter einem Motto wie diesem vor.

Man kann über Joe Biden und die Demokraten denken, was man möchte. Das geringere Übel sind sie für die USA und das Weltge-



Der Autor ist Kommunikationscoach. Der gebürtige Österreicher berät Politik und Wirtschaft und erarbeitet ehrliche und nachhaltige Kommunikationsstrategien. Sein neues Buch „Dialog statt Spaltung!“ ist im Gabal Verlag erschienen.

schehen auf alle Fälle. Biden findet ein gespaltenes Land mit chaotischen Zuständen vor und hätte, vorausgesetzt die Prognosen halten und er gewinnt die Wahl, alle Hände voll zu tun, dieses Land wieder auf Kurs zu bringen. Die Aufgabe, dieses Land zu einen, stellt sich aus heutiger Sicht unglaublich schwierig dar. Allerdings haben die US-Amerikaner schon aus weitaus größeren Krisen herausgefunden – man denke nur daran, dass einst die Sklaverei das ganze Land in einem noch viel größeren Ausmaß als heute spaltete oder an die Zeit

des Kalten Krieges.

Spaltende Sprache, wie Trumps Credo „America First“, führt in ihren extremen Ausmaßen immer wieder zu Gewalt. Das beste Beispiel dafür sind die Bürgerwehren („Proud Boys“), die ihre Interessen in letzter Instanz mit Waffengewalt durchsetzen. Und auch Trump scheint sich anzumaßen, sich über alles und jeden hinwegsetzen zu können. Immerhin zieht er ernsthaft in Betracht, sich dem demokratischen Wahlergebnis bei einer Niederlage zu widersetzen. Nicht umsonst streut er ganz bewusst unter allen Anhängern das Gerücht, die Wahl werde manipuliert. Wir alle sollten uns bewusst werden, dass demokratische Strukturen viel schneller ins Wanken geraten können, als uns lieb ist ...

Ein Präsident kann Mauern bauen, aber auch dazu aufrufen, diese niederzureißen. Unvergessen sind Ronald Reagans Worte in Richtung Michael Gorbatschow „Tear down this wall“. Reagan war ein Präsident, der alle Amerikaner erreichte. Die Kraft der Worte und vor allem die Taten, die daraus resultieren, stimmen mich sehr zuversichtlich, dass die Wähler am 3. November die Weichen in eine geeinte Zukunft stellen werden und sich für die Dialogbereitschaft entscheiden.

DIE MEINUNG DER LESER

Jetzt ist das Maß aber bald voll

Zum Artikel „A 49-Gegner seilen sich über Autobahn ab“ (27. Oktober, Seite 9).

Jeder Mensch hat nach unseren Gesetzen das Recht zur freien Meinungsäußerung und auch zur Demonstration und soll dieses auch haben. Aber was jetzt auf den drei Autobahnen geschehen ist, das ist jetzt mehr als genug. Ob sich diese A 49-Gegner auch einmal über die Schäden und die Kosten, welche sie mit ihren Aktionen verursachen, Gedanken machen, würde mich brennend interessieren.

Da stehen Lastwagen im Stau und können ihre Ladungen nicht pünktlich abliefern. Angestellte und Mitarbeiter von Betrieben und Büros kommen nicht pünktlich an ihre Arbeitsplätze. Auch die vielen Handwerksgesellen, welche mit Firmenfahrzeugen auf den Wegen zu

den Baustellen sind, bei denen die Arbeitszeit läuft, müssen von den Firmen bezahlt werden. Von den Kosten für Bergfahrzeuge, um diese A 49-Gegner von den Brückengeländern herunterzuholen sowie für die Polizeieinsätze und was sonst noch alles daran hängt, davon will ich gar nicht reden.

Auch die Kosten, welche auf den Baustellen und in den Wäldern um Dannenrod entstehen, muss der Steuerzahler bezahlen. In der vergangenen Woche war zu lesen, dass die Demonstranten die Polizisten auch noch mit Steinen beworfen hätten. Die armen Polizeibeamten tun mir wirklich leid. Und wenn sie dann von diesen Rabauken welche festnehmen, dann lässt irgend so ein Richter, der mindestens das doppelte Gehalt hat wie ein Polizist, diese am nächsten Tag wieder frei. Es wird höchste Zeit, dass unsere Politik die Strafgesetze ändert, damit solche Verbrechen härter bestraft werden.

Ich bin kein Mensch, der mit der Demokratie unzufrieden ist, und

ich sehne mich auch nicht nach einer Diktatur, aber so ein bisschen mehr Härte bei den Bestrafungen in unserem Land wäre vielfach ganz angebracht. In der „Ehemaligen“ wäre diese ganze Bande schon am ersten Tag ihrer Demonstration hinter Schloss und Riegel und müsste für die Kosten aufkommen. Und es hätten keine weiteren Aktionen mehr stattgefunden.

Übrigens, wenn diese Rabauken sich so für die Umwelt einsetzen, würde mich interessieren, wie diese Gott weiß woher zu den Demonstrationen kommen. Wenn sie so zu ihren Taten stehen, dann müssten sie zu Fuß kommen. Und wenn sie dann einige Hundert Kilometer gelaufen wären, dann hätten sie wahrscheinlich keine Lust mehr zur Demonstration oder auf die Bäume zu klettern.

Karl Sauerbier
Großbentaft

leserbrieife
@fuldaerzeitung.de

FRAGE DES TAGES

Befürworten Sie einen erneuten Lockdown?

Angesichts gestiegener Corona-Fallzahlen wird in der deutschen Politik über kurzzeitige, aber strenge Lockdowns diskutiert.

Ja 57,7 %

Nein 42,3 %

Insgesamt 1673 Teilnehmer (Auflösung der Frage vom Mittwoch, Ergebnis nicht repräsentativ)

Die **TED-Telefonnummern** für die Umfrage von Seite 1 lauten: für **Maßnahmen richtig**: 01379 79 00 81, für **Maßnahmen gehen zu weit**: 01379 79 00 82, für **Maßnahmen sind zu lasch**: 01379 79 00 83

Ihr Anruf wird bis heute, 18 Uhr, gezählt. Das Ergebnis der Umfrage erscheint in der nächsten Ausgabe. Ein Anruf aus dem Festnetz kostet 50 Cent. Mobilfunkpreise können abweichen.